

Eigentor der SPD-Führung

Unverantwortlich sind die Vorschläge der LINKEN, behauptet Peter Struck in seiner Broschüre „Die Linkspartei und das Geld“ – und offenbart doch nur die Sackgassen der SPD

Vernünftig bezahlte Arbeit, sichere Renten und soziale Gerechtigkeit will die deutsche Bevölkerung. Mit überwältigender Mehrheit, wie alle Umfragen zeigen. Die SPD-Führung will das offenbar nicht. Nicht finanzierbar, zu teuer, nicht mehr zeitgemäß. Das hören wir seit Jahren. Zuerst von Gerhard Schröder, heute von Franz Müntefering, Kurt Beck und Peter Struck. Für sie gibt es nur eine Alternative: Steuergeschenke für die Reichen und die Großunternehmen, Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und Renten senken, Arbeitslose mit Hartz IV abspeisen und abkassieren bei den Kranken. Das sagen sie so nicht, aber das ist ihre Praxis.

Die Folgen dieser SPD-Politik sind nicht zu übersehen. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich war noch nie so groß wie heute. Gewinne und Managergehälter explodieren. Millionen Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner werden betrogen. Die Kinderarmut ist dramatisch gestiegen. Es ist eine Schande, dass 17 Prozent aller Kinder in Deutschland in Haushalten leben müssen, die auf Hartz IV angewiesen sind. Selbst jetzt, in dem von CDU und SPD gefeierten Aufschwung, geht die Umverteilung von unten nach oben weiter.

Gibt es nur diesen einen Weg? Zwingt uns die Globalisierung, den Gürtel enger zu schnallen? Ist Sozialabbau die einzige Lösung, um

im internationalen Wettbewerb bestehen zu können? Muss sich die Politik den Investoren und Finanzmärkten unterwerfen und von den Menschen Opfer verlangen? Das sind die entscheidenden Fragen, vor denen die SPD kapituliert.

Die LINKE sagt dagegen klar und eindeutig: Eine lebenswerte und zukunftsfähige Gesellschaft gibt es nur mit sozialer Gerechtigkeit. Wer den Reichtum erarbeitet, muss daran teilhaben. Nicht weitere Entlastungen für Unternehmen, Aktionäre und Immobilienspekulanten sind das Gebot der Stunde, sondern höhere Gehälter für die Beschäftigten und ein gesetzlicher Mindestlohn. Die Bundesrepublik ist Exportweltmeister und so wettbewerbsfähig wie kaum ein anderes Land. Deshalb ist und bleibt der Sozialstaat finanzierbar, wenn Politiker und Politiker den Mut haben, für einen fairen Ausgleich zu sorgen und die Zukunftsaufgaben in Angriff zu nehmen.

Statt ihren Wählerauftrag zu erfüllen, präsentiert die SPD die Rente ab 67, steigende Kostenbeteiligung für Kranke und Hartz IV als großen Erfolg. Ein weiterer Wahlbetrug, die erhöhte Mehrwertsteuer, wird genutzt, um ab 2008 nochmals die Unternehmenssteuern zu senken. Das sind Sachzwänge, behauptet die SPD. Das sind Irrwege, sagen wir. Und die Hälfte der bisherigen SPD-Wählerschaft stimmt uns zu.

Wir fordern die SPD auf, nicht noch weiter in die Sackgasse des Sozialabbaus zu rennen. Wir brauchen einen neuen sozialen und ökologischen Aufbruch in unserem Land. Konkret heißt das: Überwindung von Hartz IV, längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, höheres Rentenniveau, mehr öffentlich finanzierte Beschäftigung, Rücknahme vermehrter Zuzahlungen, Bildungsoffensive und ökologischer Umbau des Energiesystems. Ohne ein renoviertes Steuer- und Abgabensystem sind diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen. Vor allem die großen Vermögen, die hohen Einkommen, die Finanz- und Börsenspekulanten und die großen Unternehmen müssen wesentlich stärker in die Pflicht genommen werden.

Genau das aber ist unverantwortlich, behauptet nun die SPD in ihrer von Peter Struck herausgegebenen Broschüre „Die Linkspartei und das Geld“. Ihr Fazit: „Die Linkspartei macht den Staat und seine Bürger arm.“ Insgesamt 154,7 Milliarden Euro Mehrkosten kämen auf sie zu, wenn der Bundestag den Vorschlägen der LINKEN zugestimmt hätte. Diese Zahl ist eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit. Ohne jede Begründung werden sämtliche Vorschläge der LINKEN zur Gegenfinanzierung für unwirksam erklärt. Eine Umverteilung von oben nach unten ist für die SPD offenbar ein absolutes Tabu. Ebenso verschweigt sie die positiven Wirkungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft, die wir erzielen, wenn die Finanzakrobaten weniger und die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger mehr Geld in der Tasche haben, d. h. die Kaufkraft der Bevölkerung steigt. Hinzu kommen reihenweise Denkfehler und falsche Berechnungen.

Vor allem aber: Die SPD stellt nicht die naheliegenden Fragen. Wen macht es arm, wenn Rentenkürzungen, Mehrwertsteuererhöhung und Praxisgebühr zurückgenommen werden? Wer zahlt, wenn wir die Vermögensteuer wieder ein-

führen, die Erbschaftssteuern für Millionäre kräftig anheben und auf Unternehmensgewinne wieder angemessene Steuern verlangen? Wen trifft die Anhebung des Spitzensteuersatzes, der Einkommensteuer und die Börsenumsatzsteuer? Warum ist es unmöglich, mit einer stärkeren Belastung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen mehr Bildung und ökologischen Umbau zu finanzieren? Und weshalb sollten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht zu einem höheren Beitrag zum Sozialstaat bereit sein, wenn sie, wie in Skandinavien, darauf vertrauen können, dass sich alle daran beteiligen und das Geld gut und gerecht verwendet wird?

Die SPD-Führung hält all das für unmöglich und reagiert so armselig wie hochmütig, wenn sie behauptet: „Zur Gegenfinanzierung bietet die Linkspartei das üblich Populistische an.“ Gerechtere Steuern und Abgaben sind aber genau das, was die SPD in jedem Wahlkampf verspricht und nach der Wahl ins Gegenteil verkehrt. In den vergangenen Jahren wurden die Unternehmen um dreistellige Milliardensummen entlastet und die Arbeitslosen mit Hartz bestraft. Bestverdienende haben Steuergeschenke erhalten und Millionen Menschen mussten mit Sozialkürzungen leben. Wir fragen die SPD: Wer ist ärmer und wer ist reicher geworden? Ist es nicht an der Zeit, das zu tun, wofür Abgeordnete und Minister bezahlt werden: eine vernünftige verantwortungsvolle und gerechtere Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger?

Irrwege, Denkfehler und merkwürdige Berechnungen der SPD – und was die LINKE wirklich will

Unternehmen, Investoren und hohe Einkommen müssen entlastet werden – das ist der Glaubenssatz, der die gesamte Struck-Broschüre prägt. Für die SPD ist deshalb nur eine unsoziale Politik machbar und finanzierbar. In ihrer Kritik an der LINKEN offenbart die SPD, dass es ihr am

Mut zu einer sozialen Erneuerung des Landes mangelt. Ihre eigene, in Wahlkämpfen ständig wiederholte Forderung, die Bürgerinnen und Bürger konsequent nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern, hat die SPD in der Praxis längst aufgegeben. Ebenso hat sie sich von dem Grundsatz verabschiedet, die Sozialversicherungen paritätisch zu finanzieren und den Kreis der Beitragszahlerinnen und -zahler durch eine Bürgerversicherung zu erweitern. Wer aber auf gerechte Steuern und gerechte Sozialbeiträge verzichtet, hat keinen Gestaltungsanspruch mehr.

Mit ihren Anträgen im Deutschen Bundestag hat die LINKE bekräftigt, dass eine andere Politik möglich ist. Wir wollen die Sackgassen von Hartz IV, der Rente ab 67 und der erhöhten Zahlungen im Krankheitsfall verlassen. Wir wollen ein Kindergeld von 250 Euro und eine Anpassung des Studenten-Bafög an die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Um diese und andere Vorschläge zu finanzieren, haben wir immer wieder gefordert: Wiedererhebung der Vermögensteuer, Erhebung einer Börsenumsatzsteuer, höherer Spitzensteuersatz der Einkommensteuer, Verzicht auf die Senkung der Unternehmenssteuern ab 2008, deutlich erhöhte Erbschaft- und Schenkungsteuer für große Vermögen, konsequent paritätische Finanzierung des Sozialstaates und Einführung einer Bürgerversicherung. Wir haben die SPD ständig darauf aufmerksam gemacht, dass die Steuern auf Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich der großen Industrieländer in Deutschland mit Abstand am niedrigsten sind.

Die SPD verweigert sich jeglicher ernsthafter Diskussion dieser Finanzierungsvorschläge, wenn sie in der Struck-Broschüre mutlos und ohne eigenes Konzept behauptet: „Die vorgeschlagenen steuerlichen Gegenfinanzierungsmaßnahmen sind derzeit politisch nicht umsetz-

bar (Vermögensteuer) oder erbringen voraussichtlich nicht das erforderliche Mehraufkommen (Erbschaft- und Schenkungsteuer). Die starke Anhebung des Spitzensteuersatzes würde insbesondere mittelständische Unternehmen belasten und würde somit die Maßnahmen zur Erhöhung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 konterkarieren.“

Obwohl der SPD bekannt ist, dass in anderen Ländern hohe Vermögens- und Erbschaftssteuern zu zahlen sind, erklärt sie sämtliche Finanzierungsvorschläge der LINKEN für unwirksam. Das gilt auch für einen höheren Spitzensteuersatz, mit dem wir Jahrzehnte gut gelebt haben. Sie verschweigt darüber hinaus alle positiven Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung, die sich aus einer gerechteren Verteilung der verfügbaren Einkommen ergeben. Intelligente Politik sorgt dafür, dass diejenigen mehr Geld haben, die ihr gesamtes Einkommen für den Konsum verwenden. Mehr Nachfrage, mehr Arbeitsplätze und höhere Steuer- und Beitragsaufkommen ergeben sich dann zwangsläufig. So finanziert sich intelligente Politik zu einem beträchtlichen Teil selbst. Auch diese Einsicht hat die SPD offensichtlich verloren.

Statt dem Mehrheitswillen der Bevölkerung zu folgen, bläht die SPD die Kosten einer alternativen Politik künstlich auf. Sie argumentiert mit Zahlen, die entweder nicht nachvollziehbar sind oder bewusst irreführend verwendet werden. Dass bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten die von der LINKEN geforderte Ausdehnung des Übungsleiterfreibetrages allein 13,7 Milliarden Euro kosten soll, ist absurd. Dass die LINKE die Praxisgebühr und die Lasten der Krankenversicherung, die in den vergangenen Jahren allein den Versicherten und nicht den Unternehmen aufgebürdet wurden, nicht nur aufheben, sondern diese Rücknahme auch mit einer solidarischen Bürgerversicherung

finanzieren will, verschweigt die SPD.

Besonders irreführend ist die Struck-Broschüre, wenn sie die Kosten einer alternativen Renten- und Arbeitsmarktpolitik zu berechnen versucht. Die SPD behauptet, dass die LINKE den „Rentenbeitragssatz bis 2030 auf 28 Prozent anheben“ will. Zurzeit, schreibt die SPD weiter, „liegt der Satz bei 19,9 Prozent und soll 2030 die Marke von 22 Prozent nicht übersteigen.“ Daraus schlussfolgert die SPD: „Die Linkspartei ignoriert die demografische Entwicklung und gefährdet den Standort Deutschland. Ein Anstieg der Lohnnebenkosten um sechs Prozentpunkte würde rund 600.000 Arbeitsplätze kosten. (Ein Anstieg der Lohnnebenkosten von einem Prozentpunkt kostet rund 100.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.) Für Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 2.000 Euro würde eine derartige Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge eine monatliche Einbuße von 80 Euro bedeuten, auf das Jahr gerechnet sind das 960 Euro.“

Tatsache ist dagegen, dass die LINKE die Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente wieder herstellen will. Die SPD dagegen sorgt dafür, dass die gesetzliche Rentenversicherung immer weiter ausgehöhlt wird. Die Kaufkraft der Renten sinkt bereits seit mehreren Jahren. Bis 2030 soll das Rentenniveau im Verhältnis zu den Löhnen kontinuierlich vermindert werden. Zu Gunsten der Versicherungsunternehmen werden die Bürgerinnen und Bürger gezwungen, private Vorsorgeverträge abzuschließen (Riester-Rente), für die sie ohne Beteiligung der Unternehmen 7% ihres Einkommens bezahlen müssen. Ihre Alterseinkünfte sind damit in wachsendem Maße an die Entwicklung des Kapitalmarktes und die entsprechenden Schwankungen gebunden.

Statt diesen falschen Weg weiter zu gehen, fordert die LINKE, dass die Dämpfungsfaktoren der

gegenwärtigen Rentenanpassungsformel entfallen und ein verlässliches Rentenniveau festgeschrieben wird. Zur Finanzierung fordert die LINKE: erstens die Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen zu erneuern; zweitens die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, damit die Zahl der Beitragszahlerinnen und -zahler steigt; und drittens einen Beitragssatz von 22 Prozent nicht als wichtigstes Ziel der Rentenpolitik zu definieren. Außerdem soll schrittweise eine Erwerbstätigenversicherung eingeführt und die Beitragsbemessungsgrenze erhöht und später aufgehoben werden. Die mit Letzterem verbundene Rentensteigerung soll abgeflacht und die Einnahmen auch zum internen Solidarausgleich genutzt werden.

Wichtig ist eine verlässliche, vor Altersarmut schützende Rente. Zu diesem Zweck sollte eine Erhöhung des Beitragssatzes im Bedarfsfall vorgenommen werden. Dabei formuliert die LINKE einen Beitragssatz von 14 Prozent für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und 14 Prozent für die Arbeitgeber nicht als Ziel, sondern kritisiert mit dieser Zahl die Demagogie der SPD-Führung.

Die SPD verschweigt: Wer heute der Empfehlung der Regierung folgt, und neben der gesetzlichen auch die private und betriebliche Altersvorsorge nutzt, zahlt bereits einen Beitragssatz von 16% und bei einem Beitragssatz von 22% im Jahr 2030 von 17%. Bei einer ehrlichen Betrachtung muss die private Vorsorge den Beiträgen zur gesetzlichen Rente hinzugerechnet werden. Die Arbeitgeber zahlen aber nur knapp 10% Beiträge zur gesetzlichen Rente. Die Beschäftigten haben einseitig die erhöhten Ausgaben für die Altersvorsorge zu tragen und die Einbußen beim Nettoeinkommen. Eine gleichmäßige Verteilung der Altersvorsorge auf Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf jeweils 14% Beitragssatz, entlastete die Arbeitnehmer im Vergleich zu heute.

Was die SPD als Skandal einer künftigen Rentenpolitik der LINKEN bezeichnet, wird also von ihr bereits heute klammheimlich auf den Weg gebracht. Allerdings nur für die Beschäftigten. Denn der Beitrag der Arbeitgeber soll bis 2030 auf maximal 11 Prozent steigen. Alles andere sei unzumutbar für die Unternehmen, würde die Lohnnebenkosten erhöhen und Arbeitsplätze vernichten, sagt die SPD-Führung. Dass eine Erhöhung der Lohnnebenkosten um ein Prozent 100.000 Arbeitsplätze kostet, ist absichtsvolle Schwarzmalerei, die durch primitive Rechnereien, nicht aber mit gesamtwirtschaftlich konsistenten Berechnungen zu belegen ist.

Selbst die SPD ist vom Mythos der Lohnnebenkosten nicht wirklich überzeugt. Sonst hätte sie längst behaupten müssen, dass die Senkung der Arbeitslosenbeiträge von 6,5 auf 4,2 Prozent exakt 230.000 Arbeitsplätze gebracht hat. Das wäre offensichtlicher Unfug. Denn jeder weiß, dass Arbeitsplätze vor allem davon abhängen, dass Unternehmen ihre Produkte absetzen können und entsprechend investieren. Um das zu garantieren, brauchen die Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt die Rentnerinnen und Rentner mehr Geld in der Tasche.

Ähnlich wie bei der Rentenpolitik liegt die SPD auch beim Arbeitsmarkt falsch. Sie behauptet, dass die von der LINKEN geforderten 500.000 öffentlich finanzierten Beschäftigungsverhältnisse insgesamt 8,4 Milliarden Euro jährlich kosten würden. Vorschläge zur Gegenfinanzierung habe die LINKE nicht vorgelegt, kritisiert die SPD.

Tatsache ist dagegen, dass die LINKE Arbeit statt Arbeitslosigkeit und statt Ein-Euro-Jobs finanzieren will. Wenn Langzeitarbeitslose nicht mehr arbeitslos sind und nicht mehr den berücksichtigten Ein-Euro-Jobs nachgehen, dann stehen schon die Mittel zur Bezahlung von Arbeitslosen und der Ein-Euro-Jobs zur Finanzierung von sozialversicherungspflichtiger und tariflich

entlohnter Beschäftigung zur Verfügung.

Das verschweigt die SPD. Sie rechnet nur das Gehalt von 1.400 Euro, das die LINKE als monatliches Mindesteinkommen für ein öffentlich finanziertes Beschäftigungsverhältnis fordert, auf 12 Monate und 500.000 Langzeitarbeitslose hoch. Von den 8,4 Milliarden Euro, die sich aus dieser Rechnung ergeben, sind aber die Kosten abzuziehen, die nicht mehr entstehen, wenn 500.000 Menschen beschäftigt statt arbeitslos sind. Für sie entfallen das Arbeitslosengeld II und die Kosten der Unterkunft. Zusätzlich sollen sämtliche Mittel, die derzeit für Ein-Euro-Jobs ausgegeben werden, in das öffentliche Beschäftigungsprogramm fließen. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass aufgrund der neu geschaffenen Arbeitsplätze auch Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, reduzieren sich die Mehrkosten für die öffentliche Hand auf rund 1,5 Milliarden Euro.

Als Fazit bleibt: Ein neuer Aufbruch ist möglich. Eine andere Politik ist machbar und finanzierbar, wenn man Irrwege und Denkfehler hinter sich lässt. Dafür braucht es Mut und neue Konzepte. Nur eine Gesellschaft, die fähig ist, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, wird die Herausforderungen der Zukunft meistern. Soziale Gerechtigkeit ist die Basis, um den vor uns stehenden ökologischen Umbau und die demografischen Veränderungen zu bewältigen.